

Herbe Kritik am Staatsrat wegen «unhaltbarer Wolfspolitik»



Setzt sich vehement für die Anliegen der Nutztierhalter im Wallis ein: Georges Schnydrig. Bild: pomona.media/Daniel Berchtold

Norbert Zengaffinen

In Anbetracht der Angriffe auf Nutztiere durch Wölfe im Wallis ist Georges Schnydrig am Mittwoch der Kragen geplatzt. In einer E-Mail an den Staatsrat greift er diesen frontal an.

Noch hat der Alpsommer nicht begonnen, bereits gehen wegen der Wolfsangriffe auf Nutztiere wieder die Wogen hoch. In einer E-Mail an den Walliser Staatsrat, die auch dem «Walliser Boten» vorliegt, wirft Georges Schnydrig im Namen des Vorstands des «Vereins Wallis ohne Grossraubtiere», dessen Präsident er ist, der Walliser Regierung vor, eine «unhaltbare Wolfspolitik» zu betreiben.

«Es reicht!», schreibt Schnydrig in der E-Mail an alle fünf amtierenden Walliser Staatsräte. «Die bisher erfolgten Wolfsrisse in den zumeist nach Vorschriften des Bundes geschützten Frühjahrsweiden wird von den betroffenen Regionen nicht mehr akzeptiert.»

Leider reihten sich die Wolfsrisse nahtlos an den katastrophalen Sommer/Herbst 2021 an. Deshalb fordert Schnydrig die rigorose Erteilung der Abschussverfügungen nach der geltenden Jagdverordnung; den Druck auf das BAFU für Abschussverfügungen und Regulierungen von Wolfsrudeln massiv zu erhöhen; eine konstruktive und enge Zusammenarbeit zwischen der Dienststelle für Landwirtschaft und der Dienststelle für Jagd und Fischerei und eine ständige aktuelle und aktive Informationspolitik an die betroffenen Regionen. Schnydrig wirft der Walliser Regierung in Bezug auf diese Forderungen vor, von ihr nichts zu hören. «Es sieht so aus, als dass der Staatsrat gleichgültig dem Gemetzel zusieht, keinen Mut für eigene Beschlüsse aufbringt und sich weiterhin möglichst elegant hinter dem BAFU verstecken will.»

Schnydrig erhebt weiter den Vorwurf, der Kanton unterstütze eine angepasste Verordnung des

BAFU, welche nur mehr die vom Bund und von den Kantonen vorgegebenen schützbaeren Alpen unterstützen wolle. «Und was passiert mit den über 60 Prozent nicht schützbarer Alpen, den Frühjahrs- und Herbstweiden?», fragt Schnydrig. Diese Strategie des Kantons und des Bundes bedeute den Todesstoss für einen wichtigen Teil der hiesigen Landwirtschaft.

Der Präsident spart nicht mit einem Seitenhieb mit Verweis auf die Aktivitäten des Kantons Graubünden, der von der Anzahl Wölfe weitaus mehr betroffen ist als der Kanton Wallis. «Wacht endlich auf und handelt. Nehmt euch ein Beispiel am Kanton Graubünden.»

Die Bündner Regierung habe klare Forderungen im Umgang mit den Grossraubtieren an das BAFU gestellt. Sie handle und werde auch über die Dienststellen schweizweit wahrgenommen. «Der Verein Lebensraum Wallis ohne Grossraubtiere muss leider immer noch hämische Kommentare über sich ergehen lassen, welche vom BAFU und von weiteren Verbänden geschürt werden.»

Der Vorwurf laute dahin gehend, dass im Wallis die eine Hand nicht wisse, was die andere tue. Schnydrig spricht dabei die Zusammenarbeit an zwischen der Dienststelle für Landwirtschaft, die zum Departement Darbellay (Die Mitte) gehört, und der Dienststelle für Jagd und Fischerei, welche im Departement von Staatsratspräsident Frédéric Favre (FDP) angesiedelt ist.